Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.
Landesarbeitsgemeinschaft Hessen

Innenminister des Landes Hessen
Herrn Roman Poseck
Friedrich-Ebert-Allee 12

61585 Wiesbaden

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.
Landesarbeitsgemeinschaft Hessen
c/o Petra Lauer
Oikos Sozialzentrum
Hessenallee 12 A
34613 Schwalmstadt
Tel.: 06691 9635118
Fax: 06691 9635211
eMail: info@dgsp-hessen.de
internet: www.dgsp-hessen.de

Schwalmstadt, 11.02.2025

Betr.: Pressemitteilung: „Sicherheit; Behörden intensivieren Umgang mit psychisch Kranken“ vom 03.02.2025

Sehr geehrter Herr Innenminister Poseck,

mit Betroffenheit und Bestürzung haben wir die o.a. Pressemitteilung zur Kenntnis genommen. Uns alle haben die Taten aufgewühlt und erschreckt. Diese schrecklichen Ereignisse sollen nun zum Anlass genommen werden, eine bestimmte Gruppe von Menschen als „Psychisch Auffällige/Vielschreiber/Gewalttäter“ zu identifizieren und mittels einer Taskforce der Polizei gezielt zu verfolgen. Dabei sollen auch andere Behörden eingebunden werden, die Umgang mit psychisch beeinträchtigten Menschen haben.
Sie selbst stellen fest, dass sich solche Gewaltereignisse mit letzter Sicherheit nicht verhindern lassen. Aber im Umkehrschluss wird angedeutet, dass in diesem Kontext bestehende Rechtsregelungen (Weitergabe von personenbezogenen Daten), sowie eine Sammlung gezielter personenspezifischer Erkennungsmerkmale, kein Hindernis sein sollten.

„Stigmatisierung von Asylsuchenden und psychisch erkrankten Menschen erhöhen das Risiko von Gewalt, anstatt es zu minimieren“ (Prof. Dr. Schomerus, Stigmaforscher, Univ. Leipzig).

Unsere Dienste und Einrichtungen in Hessen, die zusammen in der psychiatrischen und psychosozialen Hilfe für Menschen mit psychischen Problemen arbeiten, sind bestrebt auch mit sehr herausfordernden Menschen Kontakt zu halten und Hilfen anzubieten. Unsere Erfahrung ist aber auch: Stigmatisierung ist immer noch ein großer Faktor für soziale Isolation und gesellschaftliche Ausgrenzung. Gewalttätigkeit ist nicht das hervorstechende Merkmal von Menschen in seelischen Krisen. In den Statements verschiedener Bundesländer wird aber genau dieser Eindruck erweckt und bestärkt. Dies kann dazu führen, dass sich Menschen noch mehr zurückziehen und Scham sowie

Verunsicherung dazu führen, dass sie sich der Unterstützung und Hilfe entziehen. Risiken werden damit nicht reduziert, sondern verstärkt.
Gerade in Deutschland mit seiner unseligen Geschichte der Ermordung von über siebzigtausend Menschen, die als „lebensunwert“ identifiziert wurden, haben wir einen besonderen Auftrag darauf zu achten, dass psychisch erkrankte Menschen nicht stigmatisiert und ausgegrenzt werden.
Wir sehen vielmehr ein stärkeres Erfordernis das Versorgungssystem zu ergänzen durch den konsequenten Ausbau deeskalierender präventiver Krisendienste in den Regionen. Hierbei kommt es darauf an, dass diese engmaschig mit den Versorgungsangeboten vor Ort vernetzt sind und so frühzeitig Unterstützung anbieten können. Hiervon kann auch die Polizei profitieren, die sich die Expertise im Umgang mit eskalierten psychischen Krisen aneignen kann.
In diesem Jahr jährt sich die Vorlage der Psychiatrie-Enquete (Sept. 1975) zum fünfzigsten Mal. Die formulierte Verpflichtung war die „elenden“ und „menschenunwürdigen“ Lebensumstände in den stationären Einrichtungen zu beenden. Wir wollen nicht mehr zurückfallen in Zeiten, in denen Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen weggesperrt und isoliert wurden.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Lauer

Constantin Graf Gatterburg

(Für die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.
Landesarbeitsgemeinschaft Hessen)